

**Zeitschrift:** Wissen und Leben  
**Herausgeber:** Neue Helvetische Gesellschaft  
**Band:** 24 (1921-1922)  
  
**Artikel:** In Prag  
**Autor:** Bovet, E.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-749015>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## IN PRAG

### (6. KONGRESS DER VEREINIGUNGEN FÜR DEN VÖLKERBUND)

Die nationalen Vereinigungen für den Völkerbund (es hat schon 25) sind freie Gruppen, unoffiziell, und haben den Zweck, „im Sinne der im grundlegenden Vertrag des Völkerbundes festgesetzten Prinzipien zu wirken, ebenso an ihrer Fortentwicklung.“ (Art. 1 des Bundesstatuts.) Einerseits halten sie die Öffentlichkeit darüber auf dem Laufenden, was der Bund tut, anderseits bringen sie dem Bund die Wünsche der Öffentlichkeit zu. So sind die Vereinigungen, wie man sehr treffend sagte, „eine Pfadfinder-Vorhut“; ihre „Resolutionen“ sind wenig mehr als „Wünsche“, die sie dem Völkerbundsrat und der Versammlung in Genf unterbreiten; aber diese Wünsche geben dieser eine allgemeine Richtung, der die Versammlung Rechnung tragen muss, da ihre wesentliche Stärke in der öffentlichen Meinung beruht.

Die Rolle der nationalen Vereinigungen ist daher bescheiden (was unmittelbare Verwirklichung anlangt) und wichtig zugleich (in moralischer Wirkung). Nie vergesse man: die Vereinigungen sind in keiner Weise Parlamente; ohne gesetzgebende Kraft, aus einfachen Pionieren zusammengestellt, verhelfen dennoch gerade sie dem Völkerbund zu Leben und Entwicklung, falls sie sich mit neuem Geist beseelen, der aller früheren Regierungs- oder Anti-regierungspolitik, dem Nationalismus oder Antinationalismus überlegen ist. Der Leser wird später sehen, warum ich hier auf diesen wesentlichen Punkt Gewicht lege.

Die Vereinigungen haben sich zu einer „Internationalen Union“ zusammengeschlossen, deren Präsident Ruysen in Brüssel wohnt; diese „Union“ wird von einem Generalrat geleitet, in den jede Vereinigung drei Delegierte schicken kann.

Die Union hat jährlich eine Generalversammlung; jede Vereinigung kann höchstens zwanzig Delegierte daran abordnen, die über fünf Stimmen verfügen, was jeder Delegation gestattet, sich eventuell in Majorität und Minorität zu trennen.

Letztes Jahr fand die Generalversammlung in Genf statt, unter dem Präsidium von Gustave Ador; dieses Jahr tagte sie in Prag, vom 4.—7. Juni, unter dem Präsidium des Senators Francesco

Ruffini (Italien), dem ehemaligen Minister für öffentlichen Unterricht. — Die schweizerische Vereinigung sandte acht Delegierte: August Egger (Zürich, Chef der Delegation), Ernst Bovet (Zürich), Alois Hentsch (Genf), Werner E. Iten (Zug), André Mercier (Lausanne), Hans Nabholz (Zürich), Albert Picot (Genf) und Jean Sigg (Genf).

## I

### VON ZÜRICH NACH PRAG

Wundervoll war das Wetter, als wir den Bodensee überquerten, um von Lindau nach München zu rollen. Da ich Deutschland seit 1913 nicht mehr besucht hatte (es war damals auf dem Machtgipfel), war ich sehr gespannt auf den Eindruck nach dem Zusammenbruch. Auf den ersten Blick keine Veränderung: Ordnung, exakt fahrende Züge, renovierte Waggons, bestellte Äcker, saubere Straßen — da dachte ich natürlich an die verwüsteten Gebiete Nordfrankreichs... Doch bei näherer Prüfung: Not; völlig abgewetzte Kleider, kaum mittelmäßige Nahrung, die Hotelwäsche aufs Allernötigste beschränkt, Ankündigung, die Schuhe nicht vor die Türe zu stellen, und so zwanzig Kleinigkeiten, die selbst den im Express Reisenden auffallen. Vor allem die Gesichter: abgemagert, faltig, sorgenvoll; man spürt einen bis zum Übermaß, bis zur Erschöpfung gespannten Willen; daher neben der Höflichkeit Brüskierungen, daher neben der drückenden Stille plötzliche gelle Lachsalven, daher schließlich die Mischung der alten, noch bestehenden und sich wehrenden Würde mit der Trinkgeldservilität, die sich in Bewegungen von schmerzlicher Ungeschicktheit äußert...

Sechsenddreißig Stunden auf deutschem Boden (im Waggon und im Hotel) genügen nicht, um eine „Ansicht“ zu gewinnen, ich habe nur einen „Eindruck“, doch der ist sehr bestimmt: dieses Volk, dessen Tüchtigkeit, heroische Anstrengung und gegenwärtiges Elend niemand anzweifeln wird, steht unter der Wucht einer unerhörten Katastrophe, die ganz Europa ins Verderben zieht, wenn Europa sich nicht aufrafft, um in Deutschland normale Lebensverhältnisse durchzusetzen. Ich rede nicht von Verzeihung oder Mitleid, so wenig wie von Hass oder Groll; ich rede ganz einfach von der gesunden Vernunft und absoluten Notwendigkeit der Solidarität. Ein ökonomisches und ein psychologisches Problem: das Elend und die Verzweiflung; dazu ein moralisches Problem: die

Schuldfrage. Vorerst, möglichst rasch, muss das erste gelöst werden, erst dann kann man allmählich ans zweite gehen; nun, Regierungen und Völker sehen es als gemach ein; einzig die französische Regierung ist daran, Frankreich zu isolieren und die moralische Autorität zu verscherzen, die sich ihr Volk im Krieg erwarb. Beklagenswerter Irrweg; gerade die besten Freunde Frankreichs sind schmerzlich berührt.<sup>1)</sup>

Wir welschen Delegierten sprachen unter uns französisch (wie ich ja auch mitten im Krieg auf französischem Boden schwyzerdütsch gesprochen habe); unsere Reisegefährten mussten uns also für Franzosen halten; ich verfehlte nicht, ihre Mienen zu beobachten und fand sie verschlossen, doch niemals feindlich. Ein junger, recht sympathischer Kellner sprach uns sogar französisch an, und als wir uns hierüber erstaunt zeigten, sagte er rasch und halblaut, indem er den Blick wegwandte: „Ich bin nämlich zwei Jahre in Frankreich gewesen.“ Die Gemütsverfassung, wie ich sie bei ihm glaube erraten zu haben, dürfte sich bei vielen einfachen Soldaten wieder finden.

\*       \*       \*

Gleich mit der ersten tschechischen Station (Eger oder Cheb) betritt man eine neue Welt. Auch hier hat das Volk zwar schwer unter dem Krieg gelitten und seine Geldverhältnisse sind keineswegs glänzend (1 Schweizerfranken = 50 deutsche Mark, 10 tschechische Kronen, 2 französische Franken); man spürt aber so-

---

<sup>1)</sup> Ich sage, die *Lösung* des psychologischen und ökonomischen Problems soll vor der des moralischen Problems kommen. Selbstverständlich geht die *Diskussion* der Schuldfrage weiter, unaufhaltsam wie ein Fluss; doch bedeutet Diskussion nicht Lösung. Von Prag zurück las ich soeben durch 17 Nummern der *Münchener Neuesten Nachrichten* den Bericht über den Fechenbach-Prozess wegen eines wichtigen Briefes, den am 18. Juli 1914 von Schoen an Hertling sandte und Eisner am 26. November 1918 publizierte (und zwar gekürzt), gerade am Vorabend der Versailler-Verhandlungen. In dem geschickt verstümmelten und fälschlich dem Minister Lerchenfeld zugeschriebenen Brief fand sich der Beweis, dass Deutschland den europäischen Krieg *gewollt* habe. Nun ist Eisners Text nicht mehr und nicht weniger als eine Fälschung. Ich werde in einem nächsten Artikel darauf zurückkommen. Ohne die extremen Schlüsse deutscher Zeitungen zu billigen, muss man anerkennen, dass der Fechenbach-Prozess ein neues Licht auf *einen* strittigen Punkt wirft. Ich bestehe aber darauf: die Diskussion der Schuldfrage wird erst zur Lösung kommen, wenn die Lösung des physischen und moralischen Problems die Atmosphäre des Hasses, in der wir ersticken, gereinigt hat.

fort die geistige Munterkeit einer lang ersehnten und endlich Tatsache gewordenen Renaissance. Die ökonomische Lage ist merklich besser als in Deutschland; die Seelen sind von Hoffnung erfüllt.

Der Zug durchfährt ein bewundernswürdig bebautes Land mit reinlichen Dörfern und frohmütig lärmenden Städten. Der männliche Schlag, so verschiedenartig und gemischt er ist, weist überall den gleichen leuchtenden Blick, die gleiche Ungezwungenheit der Bewegungen auf. Der Gesamteindruck ist unbedingt sympathisch und bleibt in mir haften trotz aller Stürme des Kongresses. Die weitgedehnte Hügellandschaft entfaltet sich in einer Abendbeleuchtung, die den Flüssen einen blau-rötlichen Glanz verleiht; eine Stunde vor Prag beginnen Akazienwälder, deren Blüten unsern Wagen mit Wohlgerüchen füllen. — Wir sind entzückt bei unserer Ankunft; morgen, am Pfingstsonntag, soll unsere Arbeit beginnen. Wie wird sie ausfallen?

## II

### DIE ARBEIT

Wie wird sich innerhalb vier Tagen ein so reiches, ja überladenes Programm abwickeln lassen, ein Programm, das insbesondere auch das gewichtige Problem der Minderheiten aufwies? Es ist gleichwohl gelungen, aber allerdings nicht ohne Mühe und nicht, ohne die gleichmäßige Verteilung der Gegenstände zu stören, und zwar unter Benachteiligung mehrerer sehr interessanter Fragen. So kam es, dass alle Anträge, die von den fünf Kommissionen vorbereitet waren (siehe weiter unten), von der Versammlung in einer einzigen Sitzung ohne Zaudern genehmigt wurden, während sie es wert gewesen wären, eine fruchtbare Diskussion herbeizuführen.

Aus diesem Wald von Wünschen und Beschlüssen möchte ich mit Vorbedacht einige auswählen, wobei ich mich an das Wesentlichste halten und einige Irrtümer richtigstellen will, die vom tschechoslowakischen Pressebureau verbreitet wurden.

Über die Eröffnungssitzung vom Sonntagmorgen ist weiter nichts zu melden; sie war feierlich-offiziell wie alle Sitzungen dieser Art: die Delegierten nehmen Fühlung mit einander; das (sehr zahlreiche) Publikum schaut sich die markanten Persönlichkeiten an; man wechselt artige Worte und applaudiert, worauf ein jeder zum Mittagessen aufbricht.

Nachmittags machten sich die Kommissionen sofort an die Arbeit; die erste befasst sich mit den inneren Fragen, die zweite mit der Propaganda, die dritte mit den juristischen Fragen, die vierte mit den politischen Fragen, die fünfte mit der Kriegsrüstung. — Des weitern sind zwei Spezialkommissionen zu erwähnen, deren Berichte bereits im Druck vorlagen; die eine rapportierte über den Schutz der nationalen Minderheiten, die andere über die Aufhebung der Verschiedenheiten in der Behandlung der Rassen.

Die erste Plenarversammlung, in welcher 25 Vereinigungen durch etwa 200 Delegierte vertreten waren, befasste sich mit der Aufnahme neuer — durchwegs osteuropäischer — Mitglieder. Ich habe den Eindruck, der Verband gehe in dieser Richtung mit zu großer Eile vor; er gewinnt dabei an Fläche, anstatt an Tiefe zu gewinnen, und läuft Gefahr, sich Gruppierungen beizugesellen, die keineswegs auf den wahren Frieden und die Solidarität abzielen und deren zweifelhaftes Gebaren eines Tags der moralischen Autorität des Verbandes schaden könnte. Die Aufnahme der türkischen Vereinigung stieß auf den Widerstand der Griechen, sie wurde zur Abstimmung gebracht und erreichte die Stimmenmehrheit; die Schweiz gab vier Ja und ein Nein ab; da dieses Nein von mir kam, liegt mir daran, es zu erklären. Die Türkei (die eigentliche, d. i. diejenige von Angora) befindet sich im Kriege mit Griechenland; hält sie aber wirklich Frieden mit Europa? Ich bezweifle es, und die Türken, die man in Prag zu sehen bekam, haben diesen Zweifel nicht verscheucht. Wenn England, und in seinem Gefolge Frankreich, Italien und Deutschland es sich angelegen sein lassen, über die Türkei hinaus mit der mohammedanischen Welt behutsam umzugehen, so ist das eine Angelegenheit der Orient- und Kolonialpolitik, die in unserm Verband keinerlei Rolle spielen sollte. Mir kommen diese Dinge verdächtig vor, und eben deshalb stimmte ich mit „Nein“.

Schon die Aufnahme gewisser neuer Mitglieder hatte geheime Konflikte enthüllt. In der zweiten Plenarversammlung kam der Sturm zum Ausbruch, und zwar anlässlich der Minoritäten.

Die *Frage der Minoritäten* (nach Rasse, Sprache, Religion) besteht für beinahe alle Staaten der Welt, wenn auch mit sehr unterschiedlicher Schärfe; sie hat, weit mehr als man glaubt, zur Entstehung des Weltkrieges beigetragen. Am 16. März 1913 sagte



in Wien ein Österreicher von zweifelloser Kompetenz wörtlich zu mir: „Ein Krieg mit Serbien ist für uns unbedingt notwendig. Es ist das einzige Mittel, um die Ansprüche unserer slawischen Minorität herabzustimmen“. (Man mag hier auch an Elsaß-Lothringen denken, an Irland, Triest und Trentino, Polen etc.) — Einer der großen, im Lauf des Krieges verkündeten Grundsätze besagte, dass die Völker das Recht haben, frei über sich selber zu verfügen, und in diesem Sinne haben denn auch die verschiedenen Friedensverträge die Karte Europas umgewandelt. Es liegt da ein sehr klarer Wille vor, ein neuer, unzerstörbarer Faktor der Weltpolitik. Indessen wird man leicht einsehen, dass die gegenwärtige Lösung noch eine höchst unvollständige ist; man hat große Ungerechtigkeiten aufgehoben, aber man hat auch neue geschaffen. Tatsächlich genügt ein Blick auf die Karte Europas, um sich zu überzeugen, dass es durchaus unmöglich ist, einer jeden Minorität eine unbeschränkte Selbstregierung zuzugestehen: wie man auch vorgehen mag, immer und fast überall werden Landstreifen oder kleine Inseln übrig bleiben, die unmöglich ein selbständiges Leben werden führen können. — Die beste Lösung dürfte das schweizerische System der Bundesgenossenschaft bieten, bei welchem sich die Reibungen auf ein Minimum reduzieren (wobei allerdings eine staatsbürgerliche Erziehung vorausgesetzt werden muss, die in manchen Ländern noch fehlt!). Aber diese Bundesgenossenschaft, die mit der Zeit zustande kommen wird, ist heutigentags noch unmöglich. Die durch den Krieg aufgepeitschten Hassgefühle sind noch zu heftig. Gewisse neu entstandene Majoritäten, die vor kurzem noch Minoritäten waren, üben das Wiedervergeltungsrecht, und umgekehrt leiden die aus ehemaligen Majoritäten entstandenen Minoritäten grausam unter ihrem Niedergang. Die neuen Staaten, die sich sicherstellen wollen, machen das Bedürfnis nach einer starken Souveränität geltend; ihre Minoritäten ihrerseits berufen sich auf die während des Krieges durch die Sieger von 1918 feierlich verkündeten Grundsätze der Gerechtigkeit.

Die Situation mag unentwirrbar scheinen; jedenfalls ist sie sehr schwierig; es bedarf der Findigkeit, Geduld, und eines Minimums von Garantien, indem man den Tag erwartet, an dem die Fortschritte der politischen Erziehung und die europäische Solidarität die Verwirklichung des Bundessystems gestatten. Seit dem Versailler-

Vertrag wiederhole ich unermüdlich, dass alles relativ und provisorisch ist; frei soll man es erkennen und sich danach richten; es gilt, so zu handeln, dass dieses Provisorium sich nicht nach Vergangenheit oder Chaos sondern nach der neuen Ordnung entwickelt, deren Prinzipien wir kennen, ohne die konkreten Formen schon wahrzunehmen. Es gilt ein Werk der Vernunft, nicht der Sentimentalität; ein Werk des Vertrauens, nicht des Hasses.

So schwer es ist — das Minoritätsproblem verlangt eine Lösung und wäre diese bloß provisorisch; sie ist einfach notwendig zum Weltfrieden. — Seit Gründung des Völkerbundes wurden schon zehn Verträge, Minoritätsverträge geheißen, zwischen verschiedenen Staaten unterzeichnet (davon sieben ratifiziert); ihre Klauseln werden vom Völkerbund garantiert, Streitigkeiten werden vom internationalen Gerichtshof entschieden. Zu ihnen kommt der neue Deutschpolnische Vertrag über Oberschlesien, in dem die Minoritätenfrage mit äußerster Sorgfalt behandelt ist.

Die Verträge bestehen, das ist der erste Schritt; doch wie werden sie gehalten? Die Klagen der Minderheiten sind zahlreich und lebhaft; sind sie immer gerechtfertigt? In einem Konflikt zwischen zwei Staaten hat der Kleinere nicht schon deswegen recht, weil er der Kleinere ist; ebenso kann eine Minderheit wahre oder eingebildete Qualen übertreiben; falls sie aber gegen die Sicherheit des Staates, deren Teil sie ausmacht, intrigiert, begreift man, dass dieser Staat sich energisch wehrt; andererseits wissen wir, welches oft die Moral des Stärkeren ist... Jeder Einzelfall muss deshalb gründlich untersucht werden.

Im September 1921 schlug Gilbert Murray der Völkerbundversammlung vor, eine permanente Kommission zum Studium der Minderheitsklagen zu wählen; die Versammlung gab einem anderen, ungenügenden Plan den Vorzug. Man muss auf den Vorschlag Murray zurückkommen, vorderhand hat die Internationale Union der Vereinigungen den Weg gebahnt, indem sie eine Kommission von 18 Mitgliedern ernannte.

Diese Kommission tagte am 19. und 20. Januar in Brüssel, am 20. und 21. April in München. Der in Prag vorgezeigte gedruckte Bericht erregte eine Diskussion, die zum Sturm anschwellte. Die Tatsachen sollen klargestellt werden, und da die Schlussfolgerungen des Berichtes von der Kommission am 21. April *einstimmig*



angenommen wurden, liegt mir daran, ihre Mitglieder zu nennen, damit man sieht, dass die heute widerspenstigen Vereinigungen gebührend vertreten waren. Die erste Rubrik gibt den Namen des Mitglieds, die zweite die Präsenzliste von Brüssel, die dritte die Präsenzliste von München; man wird sehen, dass einige Mitglieder nicht anwesend waren. Teilweise schickten sie Ersatzmänner.

	Brüssel	München
Dickinson (England)	Dickinson	Dickinson
Präsident		
Aeby (Schweiz)	Aeby	Aeby
Adelsward (Schweden)	Adelsward	Adelsward
Aulard (Frankreich)	Aulard	Ruyssen
Bernstorff (Deutschland)	Bernstorff	Bernstorff
Brabec (Tschecho-Slovakei)	Brabec	Brabec
Dembinski (Polen)	Dembinski	Dembinski
Facchinetti (Italien)	Facchinetti	Facchinetti
Keller (Schweiz)	Keller	Keller
La Fontaine (Belgien)	La Fontaine	La Fontaine
Limbourg (Holland)	Limbourg	Treub
Lodi (Argentinien)	Lodi	—
Murray (England)	—	—
Poikert (Ungarn)	Poikert	Poikert
Redlich (Österreich)	—	Kunz
Seferiades (Griechenland)	Seferiades	Seferiades
Vacaresco (Rumänien)	—	—
Jovanowitsch (Jugoslawien)	—	Stepanowitch

Der in Prag bekannt gegebene Bericht enthält drei Teile: 1. Bericht des Präsidenten Dickinson, der neun von der Kommission einstimmig angenommenen Resolutionen enthält; 2. die juristische Beurteilung des Rechtes der Minderheiten von Aeby; 3. ein Bericht über die gegenwärtige Situation der Minderheiten von Ruyssen, worin die Aussagen der Minderheitsdelegierten vor der Kommission enthalten sind. Es handelt sich einfach um ein Protokoll; die Kommission musste die Echtheit der Angaben nicht prüfen; sie spricht nicht darüber, sondern stellt nur das Vorhandensein zahlreicher Klagen fest und damit die Notwendigkeit der Vorschläge von Dickinson. Hier das Wesentliche dieser Vorschläge:

- I. Jeder Staat sichert den Minderheiten der Rasse, Sprache und Religion *a)* Garantien gegen jede Spezialgesetzgebung; *b)* gleiche Behandlung in Gerichts- und Verwaltungsangelegenheiten; *c)* Freiheit im Gebrauch der Muttersprache in Unterricht und Religion; *d)* die Achtung vor Sitten und Gebräuchen, falls sie die öffentliche Ordnung im Staat nicht gefährden.
- II. Wo die Minderheiten bestimmte und homogene Gruppen bilden, sei ihnen die weiteste Selbständigkeit gewährt, die sich mit der allgemeinen Staatsordnung vereinigen lässt.
- III. Die Sprachen der Minderheiten (wo diese einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung ausmachen) sollen in allen offiziellen Akten neben der Landessprache gebraucht werden.
- IV. Wo es durchführbar ist, soll der Unterricht den Kindern in der Muttersprache erteilt werden.
- V. Der Völkerbund ernennt eine permanente Kommission, die an Ort und Stelle die Klagen der Minderheiten überprüft.
- IV. Ein detaillierter Bericht über diesen Fragenkomplex wird der Völkerbundsversammlung im Herbst unterbreitet.
- VII. Fälle von Vertragsumgehung werden dem permanenten internationalen Gerichtshof zugewiesen.

Wer gewisse Punkte des Textes kritisiert (von dem ich nur ein Resumé gab), bedenke, dass die Resolutionen der Vereinigung nur eine prinzipielle Erklärung darstellen; Sache des Völkerbundes ist es, den endgültigen Text festzusetzen. Im Prinzip können die Resolutionen von Dickinson nur wiederholen, was zehn Minderheitsverträge festgelegt haben. Warum die Wiederholung? Weil diese Begriffe der Öffentlichkeit in wahrer und klarer Form ins Gedächtnis versenkt werden müssen.

Was nun trug sich zu Prag in der Dienstagnachmittags-Sitzung zu? Der tschechoslowakische Senator Brabec (Mitglied der Kommission!) brachte etliche Änderungsvorschläge, von denen er behauptete, man könne sie am folgenden Morgen in einer halben Stunde erledigen; aus Entgegenkommen willigte Dickinson ein, dass man diese Änderungen diskutiere. Das genügte gewissen Geistern der Mehrheiten nicht!

Mit einer Taktik, die sie geschickt wähten, feierten sie die Großmut von Sir Dickinson, bewunderten sie das juristische Wissen Professor Aebys, wehrten sich jedoch gegen den Bericht von

Ruyssen, wie wenn sie nicht wüssten, dass es sich um ein bloßes Protokoll handelte (was man infolge wiederholter, deutlicher Erklärungen genau wusste, vgl. S. 9 und 11 des Berichts). Der Franzose Lapradelle wählte ein anderes Mittel, um den Resolutionen das Grab zu schaufeln, er erklärte beredt, man müsse eine „*Erklärung* der Minderheitsrechte“ haben, der Text Dickinsons genüge nicht, da er keine „Vollkommenheit“ darstelle; er schlägt Aufschub bis zum nächsten Jahr vor, der Jugoslawe Jowanowitsch pflichtet bei, während La Fontaine (Belgien) und Bernstorff (Deutschland) glatte Annahme der Resolutionen wollten und Picot (Schweiz) die Versammlung beschwor, nicht auseinanderzugehen, ohne im Prinzip über den Schutz der Minderheiten abgestimmt zu haben.

Es gab also drei Vorschläge: I. La Fontaine-Bernstorff: glatte Annahme des Textes von Dickinson-Brabec: Diskussion gewisser Änderungen. III. Lapradelle-Jowanowitsch: Aufschub bis nächstes Jahr.

Nach schweizerischem Brauch wäre eine Eventualabstimmung erfolgt, und in diesem Falle hätte die schweizerische Delegation vielleicht für den Antrag Dickinson-Brabec gestimmt, mit der festen Absicht, am folgenden Tag zu einer grundsätzlichen Bejahung zu gelangen. Präsident Ruffini hielt sich an die Sitte des italienischen und französischen Parlaments und erklärte, er werde zuerst über I, hernach (wenn nötig) über II und dann über III abstimmen lassen. Diesen Abstimmungsmodus kündete er zweimal in durchaus klaren Worten an und gewährte den Delegationen Zeit zur Beratung. Mindestens 20 Minuten vergingen, ohne dass gegen dieses Vorgehen des Präsidenten irgend ein Einwand geltend gemacht wurde. Um 18<sup>1/2</sup> Uhr begann endlich die Abstimmung über den Antrag La Fontaine-Bernstorff (glatte Annahme der Resolution Dickinson). Jede Delegation verfügte über 5 Stimmen; das Ergebnis war folgendes:

*Ja*: Deutschland, Österreich, Belgien, Bulgarien, China, Estland, Ungarn, Niederlande, Schweden, Schweiz (4 Stimmen), Tschechoslowakei (1 Stimme), Türkei. Zusammen 55 Stimmen.

*Nein*: Armenien, Frankreich, Japan, Polen, Rumänien, Schweiz (1 Stimme), Tschechoslowakei (4 Stimmen), Jugoslawien. Zusammen 40 Stimmen.

*Stimmenthaltung*: Großbritannien, Italien, Russland. Es ist beachtenswert, dass die Engländer und Italiener, obschon sie sich

die Abstimmung über den Antrag II vorbehielten, sich sehr erfreut zeigten über die Annahme des Antrages I.

Da der Antrag La Fontaine-Bernstorff die Mehrheit erhalten hatte, erübrigte sich die Abstimmung über II und III. Mitten während der Kundgebung einer lebhaften Freude über dieses Resultat stürmte der Jugoslawe Jovanowitsch auf den Rednertisch los, um die Erklärung abzugeben: Die Abstimmung, die soeben stattfand, ist ein Gewaltakt der Majorität; sie verletzt die heiligen Rechte unserer Staatssouveränität. Die jugoslawischen, tschechoslovakischen, polnischen und rumänischen Delegationen werden den Saal verlassen. — So geschah es auch, worauf die Sitzung aufgehoben wurde.

Schöpfen wir Atem und verschieben wir die Fortsetzung und den Schluss auf das nächste Heft.

ZÜRICH

E. BOVET



## DAS DRITTE REICH

Sinnsprüche von EMANUEL VON BODMAN

### JESUS

#### 1. DAS LEBEN

Jesus hat wahr gelebt,  
Dem Kreuz nicht widerstrebt.  
Jesus ging immer klar,  
Bevor ein Jesus war!  
Jesus in uns trägt stumm  
Sein tiefes Heiligtum  
Und wird lebendig sein,  
Wo Menschen sich befrein.

#### 2. DAS BILD DER PASSION

Der Blick auf Jesu Bild  
Macht rein, macht stark und mild!  
Das Gottkind in der Brust  
Wird seines Wegs bewusst.